

1. If.E-Betriebsrätekonferenz

Düsseldorf, 22.Mai 2013

Eröffnung

Michael Vassiliadis

Vorsitzender der IG BCE

Vorsitzender des Innovationsforums Energiewende e. V.

Kooperation und Innovation

Voraussetzungen für eine erfolgreiche Energiewende

**Sehr geehrte Mitglieder des Bundestages und der
Landtage,
sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, liebe
Hannelore Kraft,
sehr geehrter Herr Minister Duin, lieber Garrelt,
sehr geehrter Herr Präsident Homann,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

**ich begrüße Sie zur ersten Betriebsräte-Konferenz des Innovationsforums
Energiewende.**

**Betriebsräte und ihre Wähler, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus unseren
Industriebranchen, sind entscheidende Akteure und zugleich auch Hauptbetroffene
der Energiewende.**

Unsere Kolleginnen und Kollegen machen die Energiewende.

Sie entwickeln und produzieren die dazu dringend benötigten Produkte und Verfahren.

- **Weder Windrad, noch Solarpanel,**
- **weder Energiesparlampe noch energetische Gebäudesanierung,**
- **weder Ein-Liter-Auto noch energieoptimierte Fabriken**

gibt es ohne die Produkte und die Intelligenz unserer Kolleginnen und Kollegen.

**All das braucht die Beschäftigten aus der Öl-, Gas-, Kohle-, Chemie-, Kunststoff-,
Glas-, Keramik- oder Aluminiumindustrie.**

Wer hätte gedacht, dass Grün eine so prägende Farbe unserer Industrien ist.

**Aber unsere Kolleginnen und Kollegen tragen zugleich auch besondere Lasten und
Risiken der Energiewende:**

- **Als tüchtige Steuerzahler im deutschen Mittelstandsbauch haften sie für alle
steuerlichen Zusatzausgaben des Staates.**
- **Als Stromkunden zahlen sie alle energiepolitisch bedingten Preiserhöhungen**

und Umlagen.

- **Als Belegschaften tragen sie alle Arbeitsplatzrisiken der Energiewende.**
- **Als Mieter finanzieren sie alle Investitionen in die energetische Gebäudesanierung.**
- **Als Arbeitnehmer verringert sich der Spielraum für Lohnerhöhung, wenn die Betriebe höhere Energiekosten und höhere Investitionen in Energieeffizienz verkraften müssen.**

Schon verrückt nicht wahr?

Diejenigen die das Projekt Energiewende zum Erfolg bringen, sollen zugleich die Lasten tragen.

In der Regel sind es andere die breite Arbeitnehmerschaft, die den Profit daraus ziehen.

Es gibt nur einen Weg, um das alles zu stemmen:

Wir müssen in der Energiewende innovativer, effizienter und auch gerechter werden.

Die IG BCE hat deshalb vor gut einem Jahr das Innovationsforum Energiewende geschaffen.

- **Als Forum für Unternehmen unserer Branchen und ihre Betriebsräte,**
- **als Forum für wesentliche Akteure und Entscheidungsträger aus Politik, dem Energiesektor und der energieintensiven Industrie.**

Gemeinsam wollen wir die Diskussion über Innovationspfade für die Energiewende voran bringen.

Weil wir der festen Überzeugung sind, dass es nur mit der entfesselten Innovationskraft unserer Industrie und Wissenschaft gelingen wird, die Energiewende zu einem Erfolg für unser Land zu machen.

Und das ist unser gemeinsames Ziel.

Das Innovationsforum Energiewende bringt Menschen zusammen, die den Erfolg der Energiewende wollen und die dafür Rahmenbedingungen einfordern.

Betriebsräte und Manager, Vorstände von Unternehmen und die IG BCE.

Alle Akteure des Innovationsforums wollen zeigen, dass die Energiewende in unserem Land möglich ist, wenn sie richtig angegangen wird.

Deshalb diskutieren Unternehmensvertreter, Betriebsräte und Aufsichtsräte im Innovationsforum mit anderen Experten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft über eine realistische und erfolgreiche Energiewende.

Wir haben das zum ersten Mal in einem größeren Rahmen am 27. November 2012 in Berlin-Tempelhof getan, auf unserem ersten Innovationskongress, viele von Ihnen waren dabei und beteiligt.

Heute nun die erste Betriebsrätekonferenz in Düsseldorf.

Düsseldorf, weil die Energiewende nur im Zusammenspiel von Bund und Ländern gelingen kann und NRW dabei eine wichtige Rolle spielt.

Wir werden gleich von Hannelore Kraft hören, wie das Energie- und Industrieland Nordrhein-Westfalen die Energiewende gestaltet.

Der nordrhein-westfälische Wirtschafts- und Energieminister Garrelt Duin wird anschließend auf dem Podium mitdiskutieren, wie innovatives Handeln zwischen Bund, Ländern und unserer Industrie koordiniert und gestaltet werden sollte.

Wir sind gespannt, wie die Landesregierung ihren Beitrag zum Gelingen der Energiewende und zur Absicherung der Industriestandorte leisten wird.

Die Energiewende muss als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden.

Aus gutem Grund hat die Ethikkommission 2011 vom Gemeinschaftswerk Energiewende gesprochen.

Gemeinschaftswerk bedeutet auch:

Die Energiewende muss in allen Bundesländern und Regionen gleichermaßen gelingen.

Bei allen legitimen Einzelinteressen ist eine Verständigung auf das große gemeinsame Ziel und die Schritte dahin notwendig.

Darüber wollen wir heute sprechen, über die notwendige Kooperation und Koordination von Bund und Ländern.

Wir hätten uns gefreut, darüber auch mit einem zuständigen Mitglied der Bundesregierung diskutieren zu können.

Das war aus terminlichen Erwägungen wohl nicht möglich.

Wir freuen uns umso mehr, dass der Präsident der Bundesnetzagentur, Herr Jochen Homann, heute hier ist.

Beim bundesweiten Ausbau der Stromnetze ist das Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern besonders dringend.

Wie sonst sollten Windstrom aus dem Norden und Kohlekraft aus den west-, mittel- und ostdeutschen Bundesländern die auslaufenden süddeutschen Kernkraftwerke rechtzeitig ablösen können?

Jochen Homann wird aus erster Hand und aktuell über den Netzausbau und den Stand der Bund-Länder-Abstimmung berichten können.

Dr. Günter Hilken, der Vorsitzende der Geschäftsführung der Currenta AG und Mitglied im If.E-Steuerungskreis, und Reiner Hoffmann, IG BCE-Landesbezirksleiter Nordrhein, werden in der Diskussionsrunde unser Innovationsforum vertreten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit die Energiewende ein Erfolg wird, muss ihre politische und rechtliche Gestaltung verlässlich sein.

Sie muss langfristige Investitionen und Innovationen anreizen.

Und das ist alles andere als selbstverständlich. Denn andere Standorte in der Welt schlafen nicht, sondern suchen auch ihre Chancen im Wettbewerb.

**Eine erfolgreiche Energiewende muss im Einklang stehen
mit ökonomischen Wachstums-,
internationalen Wettbewerbs-,
sozialen Fortschritts- und
ökologischen Klimaschutzziele.**

**Verlässlichkeit bedeutet in diesem Zusammenhang auch Planungssicherheit über
Legislaturperioden hinaus, also einen Grundkonsens, der nicht mit jeder Wahl wieder
infrage steht.**

**Noch unterscheiden und widersprechen sich die vielfältigen Bestrebungen für
„Energiewenden“ auf der Ebene des Bundes sowie den 16 Bundesländern.**

Sie unterscheiden sich zum Teil erheblich:

- **Welche erneuerbarer Energien sollen vorrangig ausgebaut werden:
Photovoltaik oder Windenergie, Off-Shore-Anlagen oder On-Shore-Anlagen?**
- **Wie weit soll und kann erwartet werden, dass der Bedarf an Strom oder Wärme
zukünftig sinkt?**
- **Was ist das Ziel:
eine bilanzielle Eigenversorgung mit Strom?
Oder eine echte, physikalische Autarkie einzelner Länder?
Oder der Stromexport als Geschäftsmodell einzelner Bundesländer?**
- **Zusammenfassend:
Bis wann soll was wo gebaut sein?**

**Das immer noch zu unkoordinierte Vorgehen bei all diesen Fragen schadet der
Energiewende und es macht den Umstellungsprozess unnötig teurer.**

Nur ein koordiniertes Vorgehen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Netze brächte Investitions- und Versorgungssicherheit.

Und nur bei effektiver Koordination könnte die Systemintegration der Erneuerbaren Energien wirklich voran kommen.

Um in Deutschland Spitzenprodukte für den Weltmarkt herstellen zu können, benötigt die deutsche Industrie eine sichere und wettbewerbsfähige Versorgung mit Strom und Wärme.

In ihrer Gesamtheit ist die Industrie die Basis für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands.

Sie stellt 5,6 Millionen hochwertige, zukunftssichere Arbeitsplätze und erwirtschaftet mehr als ein Fünftel der deutschen Wirtschaftsleistung.

Gerade die energieintensiven Industrien in Deutschland bilden das Rückgrat für vielfältige Wertschöpfungsketten auch in anderen Industrien.

Eine weiterhin zuverlässige, wettbewerbsfähige und umweltfreundliche Energieversorgung ist deshalb zentral für die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Wir, die Betriebsräte und ihre Gewerkschaft, die IG BCE, wir haben im letzten Jahrzehnt für unsere Arbeitsplätze und wettbewerbsfähige Unternehmen gekämpft und auch durchaus schmerzhafteste Restrukturierungen gestaltet.

Es wäre fatal und unsinnig, wenn neue und künstlich geschaffene Wettbewerbsprobleme wieder auf unserem Rücken ausgetragen werden.

Deshalb ist das Management der Energiewende nicht ein beliebiges Detail einer ansonsten guten Idee.

Das Management entscheidet darüber, ob das das Gesamtprojekt überhaupt etwas wird - und zu welchen Kosten.

Vor diesem Hintergrund brauchen wir eine mit den Ländern abgestimmte, aber stärkere Steuerung der Energiewende.

- **Um die Kompetenzen in der Energiepolitik zu bündeln.**
- **Um eine regelmäßige Abstimmung zwischen Bund, Ländern und den europäischen Nachbarstaaten zu ermöglichen.**
- **Um ein mit den Bundesländern und Kommunen abgestimmtes Konzept für die Energiewende zu erstellen, das jährlich fortentwickelt wird.**

Dieses zentrale Management müsste auch Instrumente und Maßnahmen definieren.

- **Um die Versorgungssicherheit auf bewährtem Niveau aufrechterhalten.**
- **Um die Erzeugung und Nutzung Erneuerbarer Energien mit dem Strombedarf und mit dem Zu- und Ausbau der Netze zu synchronisieren.**
- **Um die Energiespeicherung und die Flexibilisierung des Verbrauchs zu fördern.**
- **Um die Energieeffizienz zu stärken.**
- **Und um die Integration der Energiewende in den europäischen Energiemarkt zu bewerkstelligen.**

Bei all dem müssen wir zugleich eine hohe Kosteneffizienz sicherstellen und den Marktkräften möglichst breiten Raum geben.

Daraus folgt für mich:

Der bisherige Monitoring-Prozess der Energiewende muss verbessert und deutlich gestärkt werden.

Die Kriterien des Monitorings sind doch unbestritten klar:

- **Versorgungssicherheit,**
- **Wirtschaftlichkeit,**
- **Umweltverträglichkeit**
- **und soziale Balance der Energiewende.**

Daran hat sich das Management der Energiewende zu orientieren.

Um diesen Kriterien möglichst schnell näher zu kommen, sollte die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission auch Vorschläge für Nachsteuerungen und neue Instrumente unterbreiten dürfte.

Für eine erfolgreiche, kosteneffiziente Energiewende sind die richtigen Marktmechanismen entscheidend. Damit sind wir bei einem inzwischen beliebten Thema, beim Design des zukünftigen Stromsystems.

Da gibt es eine Vielzahl an möglichen Gestaltungsoptionen, über die gerne diskutiert, aber offensichtlich ungern entschieden wird.

Die dringend notwendigen Investitionen in eine neue und innovative Energieerzeugung werden bis 2030 auf über 350 Mrd. Euro geschätzt.

Um das in den Aufsichtsräten endlich entscheidungsreif zu machen, ist nicht Beliebigkeit der Diskussion, sondern Planungssicherheit erforderlich und zu gewährleisten.

Kurz- und mittelfristig sind an eine funktionsfähige Strommarktordnung folgende Anforderungen zu stellen:

- **Um die Elektrizitätsversorgung in Deutschland zu gewährleisten, und zwar zu jeder Tages- und Jahreszeit, bedarf es der jetzigen Bestandskraftwerke sowie des Neubaus hocheffizienter Kohle- und Gaskraftwerke.**
- **Um die Effizienz der Strom- und Wärmeerzeugung zu erhöhen, bleiben die Nutzung und der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung ein wichtiges Ziel.**

Wichtig sind dafür mehr industrielle Nutzung, Ausbau und Zusammenlegung von Nah- und Fernwärmeschienen in Ballungsräumen sowie Wärmespeicher.

- **Des Weiteren ist der Auf- und Ausbau der Infrastruktur erforderlich, kurzfristig insbesondere der von Übertragungs- sowie Verteilnetzen und mittelfristig von Strom- und Wärmespeichern. Ansonsten werden wir bereits vor 2020 erleben, dass erhebliche Elektrizität aus Erneuerbaren Energien abgeschaltet werden muss.**

Selbstverständlich brauchen wir eine neue Energieversorgung auch, um die CO₂-Reduktionsziele zu erreichen.

Da haben wir uns in Deutschland und Europa ehrgeizige Ziele gesetzt.

- **Heute ist die EU noch für elf Prozent der weltweiten Treibhausgase verantwortlich.**
- **2030 werden es nur noch vier bis fünf Prozent sein.**

Andere sind da zurückhaltender, obwohl ihr CO₂- Ausstoß die Erderwärmung wesentlich stärker antreibt.

Um die selbstgesetzten CO₂ Ziele zu realisieren, bleibt der Ausbau der Erneuerbaren Energien unabdingbar.

Und der Ausbau Erneuerbarer wird noch wichtiger, wenn es im nächsten Jahrzehnt nicht gelingt, den Stromverbrauch so weit zu reduzieren, wie es die Effizienzziele der Bundesregierung und der EU vorgeben.

Ich sage das, obwohl ich weiß, dass in unseren Unternehmen immer effizientere Technologien und Verfahren entwickelt werden.

Doch der Trend zum Zweitkühlschrank, Drittfernseher und Viertcomputer in unseren Haushalten läuft solchen Effizienzgewinnen entgegen.

Es ist schon von erheblicher Anstrengung, trotz Wirtschaftswachstum den Energieverbrauch nicht zu steigern, also weiterhin das Wachstum vom Verbrauch zu entkoppeln.

Der beste Strom bleibt der, der nicht verbraucht wird.

Aber die Erneuerbaren Energien müssen effizienter ausgebaut werden als heute.

Das erfordert

- **eine systemische Verknüpfung von erneuerbaren und konventionellen Kraftwerken.**
- **eine Integration der erneuerbaren Energien in den Strommarkt.**
- **die Übernahme von Systemverantwortung.**

Der ungesteuerte Ausbau erneuerbarer Energien verstärkt derzeit unterschiedliche Effekte im Strommarkt:

- **Der Ausbau von Netzen sowie Speichern hält nicht Schritt mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Und das verursacht zusätzliche Kosten.**

Das gilt zum Beispiel für die Offshore-Haftungsumlage. Denn niemand kann sich darauf verlassen, dass Offshore-Windparks rechtzeitig an das Stromnetz angeschlossen werden.

Ein zweites Beispiel:

- **Strommengen aus Erneuerbaren Energien verkürzen die jährlichen Betriebsstunden und verschlechtern so die Wirtschaftlichkeit von konventionellen Kraftwerken, die sich am Markt behaupten müssen.**

Ohne den Zubau geplanter und im Bau befindlicher fossiler Kraftwerke droht aber spätestens 2022 eine Unterdeckung mit gesicherter Leistung.

Die Schaffung bzw. der Erhalt von Reserve-Kapazitäten ist deswegen ein großes Thema.

Aktuell besteht folglich die größte Herausforderung darin, das Gesamtsystem der Energieversorgung zu optimieren und das Marktdesign schrittweise anzupassen.

Ziele und Anforderungen an eine neue Strommarktordnung können kurz-, mittel- und langfristig unterschiedlich sein.

Versorgungssicherheit und Kosteneffizienz sind indes die wesentlichen Eckpfeiler.

Dafür denke ich an einen zweistufigen Ansatz:

- **Im ersten Schritt sind in Deutschland umgehend die Kosten zu begrenzen.**
- **Im zweiten Schritt ist eine europäische Harmonisierung der politischen Instrumente und des Strommarktes voranzutreiben.**

Spätestens mit dem Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030“, das die EU-Kommission im März vorlegte, ist diese Diskussion eröffnet.

Heute wird sich auch der Europäische Rat mit der Wettbewerbsproblematik beschäftigen.

Es ist in der Tat höchste Zeit, sich in aller Konsequenz mit den steigenden Strom- und Energiepreisen zu befassen.

Ich bedauere sehr, dass die Bundesregierung das Thema lange vernachlässigt hat.

Ich erlaube mir die EU-Kommission zu zitieren:

„Die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen erodiert.“

Meine Gewerkschaft, die IG BCE, hat schon lange auf die schädlichen wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer allzu simplen Energiepolitik hingewiesen.

Man kann nicht unentwegt an der Preisschraube drehen und erwarten, dass im gleichen Maß Energie eingespart wird.

So einfach ist die Welt nicht.

Wir stehen im Wettbewerb mit anderen, die den Rohstoff Energie deutlich preisgünstiger zur Verfügung stellen.

- **In den USA beispielsweise zahlen Privathaushalte 66 Prozent weniger für Strom als in Deutschland.**
- **Auch Industriekunden zahlen in den USA für Strom weniger als die Hälfte des deutschen Preises.**
- **Und um fast 70 Prozent niedriger sind die dortigen Gaspreise für die Industrie.**

Das können wir in Deutschland, aber auch in Europa nicht länger ignorieren.

Ganz davon abgesehen, dass die Minderung des Energieeinsatzes mittlerweile in vielen Produktionsprozessen an physikalische Grenzen stößt.

Wir brauchen deshalb ein schnell wirkendes Aktionsprogramm gegen hohe Energiepreise.

Das ist eine zentrale Aufgabe für die nächste Legislaturperiode, nachdem die so genannte Preisbremse des Bundesumweltministers gescheitert ist.

Mittlerweile machen Steuern und Abgaben rund 52 Prozent des Strompreises für den Endverbraucher aus.

Wenn der Staat auf die steigende EEG-Umlage auch noch Mehrwertsteuer erhebt, dann ist Preistreiberei.

Das hat mit Klimaschutz wenig zu tun, aber viel mit Konsolidierung zu Lasten der Gering- und Durchschnittsverdiener.

**Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

wir sollten heute auch darüber sprechen, was die Energiewende für die deutschen Bundesländer als Regionen der EU bedeutet.

Da geht es zunächst um die Abstimmung politischer Ziele oder Instrumente mit den Kriterien Energieeffizienz, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit.

Das betrifft beispielsweise die Förderung der Erneuerbaren Energien oder auch das Europäische Emissionshandelssystem.

Wünschenswert können aber auch konkrete regionale Kooperationen von EU-Mitgliedstaaten sein, zum Beispiel beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und konventioneller Kapazitäten.

Eines ist allerdings gewiss und vorrangig zu behandeln:

- **Wir werden unsere Effizienzziele nicht erreichen ohne sehr viel mehr Anstrengungen und Aufwand für innovative und energieeffiziente Gebäudesanierung.**

Die Steigerung der Energieeffizienz - insbesondere im Wärmemarkt, der rd. 40 % am Gesamtenergieverbrauch aufweist - ist eine der zentralen Stellschrauben der Energiewende.

Das gilt insbesondere für den Gebäudebereich.

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2050 den Gebäudebestand nahezu klimaneutral umzubauen und somit den dortigen Primärenergiebedarf um ca. 80 Prozent zu senken.

Damit diese Möglichkeit endlich Wirklichkeit wird, muss an verschiedenen Punkten angesetzt werden:

1.

Die Fernwärme auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung, kurz KWK, ist eine besonders energieeffiziente und umweltfreundliche Heizenergie.

Bei keinem anderen Prozess der Energieerzeugung wird der Brennstoff so effizient eingesetzt wie bei KWK- und Fernwärmesystemen.

In Ballungszentren wie dem Ruhrgebiet ist deshalb die Zusammenführung bestehender Fernwärmenetze zu fördern.

2.

Durch die Weiterentwicklung energetischer Materialeigenschaften kann die Qualität einzelner Bauteile kontinuierlich verbessert werden.

3.

Selbstverständlich beeinflusst auch das Heizverhalten der Bewohner den Energieverbrauch der Gebäude. Instrumente wie Smart Metering und Smart Grid verbessern die Netzauslastung und die Transparenz der einzelnen Verbrauchswerte.

Konkret bedeutet dieses:

Das KfW-Programm zur energetischen Gebäudesanierung hat sich bewährt und beachtliche Investitionen initiiert.

Davon profitierten insbesondere regional tätige Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen.

- **Um langfristige Planungssicherheit zu gewährleisten, muss das Programm verstetigt sowie mit mindestens 2 Mrd. EUR jährlich finanziell deutlich besser als bisher ausgestattet werden.**

Ein weiterer Bereich, in dem die Energiewende auf Innovationen angewiesen ist und der über die Strom- und Gebäude-Diskussionen manchmal vergessen wird, ist der von Mobilität und Verkehr.

Mobilität ist ein zentrales Element unserer Gesellschaft.

Aber allein der PKW- und LKW-Verkehr verursacht rund 85 Prozent der verkehrsbedingten Treibhausgas-Emissionen.

Um das wachsende Bedürfnis nach individueller Mobilität mit der Notwendigkeit des Klimaschutzes zu kombinieren, bedarf es neuer Mobilitätslösungen.

Bezahlbare Mobilität wird es auf mittlere Sicht trotz der Elektrifizierung nicht ohne Mineralöl geben.

Mineralöl wird besonders als Energieträger für Mobilität und als Rohstoff für die chemische Industrie langfristig unverzichtbar bleiben. Für eine nachhaltige Versorgung des Industriestandorts Deutschlands mit Mineralölprodukten brauchen wir politische Rahmenbedingungen:

- sowohl für den Erhalt der deutschen Raffinerie- und Crackerstandorte
- als auch zur Steigerung der Effizienz in der Erzeugung und Verwendung von Mineralölprodukten.

Die CO₂-Vermeidung muss auch im Verkehrssektor zu Kosten erfolgen, die weder die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gefährden noch das Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung unzumutbar beschränken.

Die erfolgreiche Umsetzung der Elektromobilität als eine der sichtbaren Innovationsprojekte nachhaltiger Mobilität ist mit großen Herausforderungen verbunden.

Um diese zu meistern, bedarf es eines gemeinsamen und von Kontinuität geprägten Vorgehens aller Beteiligten:

Vom Materialhersteller über den Automobilproduzenten bis hin zum Energieversorger.

Und das selbstverständlich in enger Kooperation mit der Politik, die für förderliche Rahmenbedingungen zu sorgen hat, sowie mit Universitäten und Forschungsinstituten.

Lösungen aus der Chemie sind für eine nachhaltige Elektromobilität unerlässlich.

Um Elektroautos komfortabel, sicher und bezahlbar zu machen, liefert die Chemie entscheidende Beiträge.

Dazu gehören Materialien und Komponenten für leistungsstarke, sichere und kostengünstige Batterien sowie Kunststoff-Verbundmaterialien für Leichtbau und Lösungen für das Wärmemanagement.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende sind nicht nur technologische, sondern auch soziale Innovationen.

Nachhaltiges Wirtschaften schließt die soziale Dimension ausdrücklich mit ein.

Mitbestimmung, hohe Qualität der Arbeitsgestaltung und sichere Arbeitsplätze sind Voraussetzungen, um Deutschland als leistungsfähigen Wirtschaftsstandort zu halten, Innovationen zu fördern und Soziale Lebensperspektiven zu schaffen. Oder umgekehrt formuliert: ökologische Produkte allein machen noch kein nachhaltiges Wirtschaften aus.

Sowohl die Produktionsbedingungen als auch die Arbeitsbedingungen müssen nachhaltig sozial gestaltet sein.

Zu häufig haben wir erlebt, dass gut bezahlte und innovative Arbeitsplätze in unseren Industrien polemisiert werden, während prekäre Arbeitsbedingungen in subventionierten neuen grünen Branchen ein Zukunftslable erhalten.

Uns blendet solch eine Augenwischerei nicht.

Die Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaften sind in den diversen Industriebranchen Deutschlands jahrzehntelang in guter sozialpartnerschaftlicher Praxis geschaffen worden.

Daher müssen strukturelle Veränderungen in den Branchen unserer Wirtschaft auch bewertet und begleitet werden.

Auch Gute Arbeit und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit sind Prüfsteine der Qualität der Energiewende.

Deshalb sollte unser Land innerhalb der gewachsenen industriellen Beziehungen den nachhaltigen Umbau fördern und nach Möglichkeit gut ausgestaltete Arbeitsplätze erhalten bzw. schaffen.

Es ist daher erforderlich, eine breite Akzeptanz der Energiewende sicherzustellen, indem ökologische, soziale und ökonomische Zielaspekte in Balance gehalten werden.

Dies schließt auch eine frühzeitige Konsultation und aktive Beteiligung der Bevölkerung in Zusammenarbeit mit den Kommunen mit ein:

Etwa wenn es darum geht, für notwendige Projekte der Energieinfrastruktur Akzeptanz zu schaffen und Zustimmung zu finden.

Zu all diesen Fragen soll es heute einen sozialpartnerschaftlichen Austausch geben zwischen Betriebsräten, Unternehmensvertretern, Politikern und Fachleuten aus Verwaltung und Wissenschaft.

Gemeinsam wollen wir eine Beschäftigung sichernde und Innovationen fördernde Energiewende.

Diese Energiewende ist ein phantastisches Ziel. Im wahrsten Sinne des Wortes. Lasst sie uns gemeinsam zu einer für alle überzeugenden Realität machen. Dazu wünsche ich uns eine erfolgreiche Konferenz.